



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Josef Moser

Präsident der AK Oberösterreich

Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der AKOÖ

**Regulierung der Finanzmärkte
im Sinne der Arbeitnehmer/-innen**

Pressekonferenz

Freitag, 12. März 2010, um 11 Uhr

Promenadenhof Linz

Europäische und internationale Rahmenbedingungen

Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise lasten heute schwer auf den öffentlichen Budgets. Ein Kollaps des Finanzsystems wurde durch mehrere staatliche Notfallmaßnahmen abgewehrt. Die Frage nach der Neugestaltung der Finanzmärkte ist aber keineswegs gelöst. Es wird zwar ein europäischer und internationaler Gleichklang angestrebt, dieser Prozess gestaltet sich aber schleppend.

Die Gestaltung des österreichischen Finanzmarktes ist von europäischen und internationalen Rahmenbedingungen abhängig, dennoch muss der nationale Handlungsspielraum für Verbesserungen so weit wie möglich genutzt werden. Österreich muss sich aber auch im europäischen Rahmen aktiv für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte einsetzen.

Interessen der Arbeitnehmer/-innen bei der Gestaltung der Finanzmärkte berücksichtigen

Auch in Österreich gilt: Während manche Bankinstitute beachtliche Gewinne erzielen, ist die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise für die Arbeitnehmer/-innen noch keineswegs vorbei. Neben den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und einer zu befürchtenden höheren Steuerlast und einer empfindlichen Kürzung der Ausgaben im Rahmen der Budgetkonsolidierung sind Arbeitnehmer/-innen vor allem betroffen, weil

- der Wert von Ersparnissen und privater Zukunftsvorsorge geschrumpft ist und
- die Instabilität des Finanzsystems zu starken Schwankungen von Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen aufgrund von Spekulation führt. Die große Dominanz des Finanzsektors, die vorherrschende Kasinomentalität, völlig überdimensionale Boni und das Fehlen von (strafrechtlichen) Konsequenzen verursachen Besorgnis und Skepsis.

Arbeitnehmer/-innen brauchen stabile Finanzmärkte

Weil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Finanzkrisen und Bankenpleiten stark betroffen sind, sind stabile Finanzmärkte und eine robuste Bankenlandschaft in ihrem ureigensten Interesse.

Aufgrund ihrer Größe und engen Verflechtung gelten auch inländische Banken als „zu groß für einen Zusammenbruch“, so dass auch in Österreich Rettungspakete notwendig wurden. Für eine langfristige Stabilisierung des österreichischen Finanzplatzes fordert die AKOÖ folgende Maßnahmen:

Sicherheit hat Vorrang

Eine stärkere Eigenkapitalbasis und die Verbesserung der Bilanzierungsregeln sollen Banken stabiler machen. Vor allem auch für österreichische Institute ist es ein Gebot der Stunde, mehr Rücklagen zu bilden und die Eigenkapitalquote aufzustocken. Der Geldbedarf wird auf bis zu 13 Mrd. Euro geschätzt. Gewinnausschüttungen und Boni sind vor diesem Hintergrund höchst fragwürdig.

Die Komplexität diverser Finanzprodukte überfordert vielfach auch versierte Fachleute. Einer der Gründe, warum man sich bei deren Bewertung auf das Urteil von Ratingagenturen verlassen hat. Genau das hat sich aber im Zuge der Finanzkrise als fatal erwiesen. Daher muss die Prüfung des Risikos in eigener Verantwortung erfolgen, was zu mehr Sorgfalt beiträgt. Risiken, die nicht abgeschätzt werden können, dürfen auch nicht eingegangen werden.

Schaffung von Transparenz und Übersichtlichkeit

Durch außerbilanzielle Geschäfte werden (Eigenkapital-) Bestimmungen, wie sie für Bankgeschäfte gelten, umgangen. Diese Aktivitäten scheinen zwar nicht in den Bilanzen der Banken auf, werden im Schadensfall aber sehr wohl wirksam.

Der Staat muss jedoch einen Überblick über die tatsächliche Lage der einzelnen Institute, deren Positionierung in Derivaten und deren strukturelle Verflechtungen haben. Geschäfte außerhalb der Bilanz müssen verboten werden.

Abgrenzung der Geschäftsfelder

Die österreichischen Banken müssen für eine deutliche Abgrenzung zwischen der Zentrale und den ausländischen Tochterbanken sorgen. Die Forderungen der Auslandstöchter sollen vor allem durch lokales Einlagenaufkommen finanziert werden. Dadurch könnte auch eine übermäßige Kreditvergabe verhindert

werden und die Entwicklung des Bankwesens vor Ort würde auf eine solide Basis gestellt.

Staatliche Förderung einer „Good Bank“

Viele Arbeitnehmer/-innen möchten ihr Geld nicht nur sicher anlegen, sondern möchten auch wissen, was mit ihrem Ersparten passiert. Immer mehr Menschen sind bereit, für mehr Sicherheit und Transparenz auf einen Teil der Verzinsung zu verzichten. Dafür gibt es z.B. in Deutschland konkrete Angebote. So veröffentlichte eine Bank alle Geschäftskredite und Investitionen. Auch in Österreich sollte eine „Good Bank“ am Markt vorhanden sein. Die AKOÖ tritt dafür ein, dass dabei die soziale Verträglichkeit und der regionale bzw. österreichische Bezug von Investitionen ein entscheidendes Kriterium sind. Wirtschaftlichkeit muss zum Prinzip gehören, nicht jedoch ständige Renditemaximierung. Damit es zu keiner Mogelpackung kommt, sollten von der öffentlichen Hand hierfür Regeln formuliert und auch streng überprüft werden. Gefördert könnte dieses Projekt durch Haftungsübernahmen oder eine geringere zukünftige Bankensteuer werden.

Arbeitnehmern/-innen dürfen die Krisenkosten nicht aufgebürdet werden

Im Zuge der Finanzkrise wurden die öffentlichen Haushalte schwer belastet. Die Folge darf aber nicht sein, dass der Gestaltungsspielraum bei Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Jahre hinaus eingeschränkt ist. Das Angebot von Bildung, Altersvorsorge und Gesundheitsleistungen darf nicht eingeschränkt werden. Die AKOÖ plädiert für solide öffentliche Finanzen und fordert:

Finanztransaktionssteuer

Österreich hatte bis 2001 eine Börsenumsatzsteuer. Die erneute Einführung einer solchen Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten soll kurzfristige Spekulationen bremsen. Die Belastung langfristiger Veranlagungen ist vernachlässigbar. Das Warten auf eine EU-weite Einführung dieser Steuer bedeutet eine unnötige Verzögerung. Ein Promille Steuer würde in Österreich 1,7 Milliarden Euro Steuereinnahmen bringen. Trotz dieses niedrigen Steuersatzes wäre die Wirkung aufgrund der ungleichen Verteilung des Wertpapierbesitzes progressiv. Es ist nicht einzusehen, dass jedes „normale“ Geschäft mit Mehrwertsteuer belastet ist, Geschäfte mit Finanzprodukten jedoch steuerfrei sind.

Vermögenszuwachssteuer

Derzeit sind in Österreich Gewinne aus privaten Finanzspekulationen nur steuerpflichtig, wenn zwischen Anschaffung und Veräußerung der Wertpapiere maximal ein Jahr liegt. Ist der Zeitraum länger, sind auch Millionengewinne vollkommen steuerfrei. Aber auch innerhalb der Jahresfrist kann die Finanzverwaltung den Steueranspruch aufgrund des bestehenden Bankgeheimnisses nicht durchsetzen. Diese Nicht-Besteuerung ist ein österreichisches Unikum. In allen entwickelten Staaten werden derartige Gewinne besteuert. 25 Prozent Kapitalertragssteuer würden in einem „normalen Börsenjahr“ 400 Millionen Einnahmen bringen.

Einschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsbezügen

Auch in Österreich stiegen die Vorstandsbezüge in exorbitante Höhen. Die Einkommen der Vorstände der ATX-Unternehmen betragen 2007 durchschnittlich 1,3 Millionen Euro, das ist das 48-fache der durchschnittlichen Bruttolöhne dieser Unternehmen. Boni-Regelungen und die Vergabe von Aktienoptionen für Vorstände schaffen den Anreiz zu kurzfristigem Renditestreben. Dies bedeutet für Arbeitnehmer/-innen massive Belastungen durch Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, Börsenkurse zu steigern. Boni-Zahlungen müssen an die Erreichung nachhaltiger Ziele (Entwicklung der Arbeitsplätze, Arbeitszufriedenheit usw.) gekoppelt, Aktienoptionen verboten und die steuerliche Absetzbarkeit der Vorstandsbezüge als Betriebsausgabe mit dem 10-fachen der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte begrenzt werden.

Bankenabgabe

Die Risiken für die Allgemeinheit aufgrund der Bankenpakete und die Kosten der von der Finanzwelt ausgelösten Wirtschaftskrise werden durch die Zahlungen der Banken bei weitem nicht ausgeglichen. Zudem zahlen Banken effektiv nur etwa sieben Prozent Körperschaftsteuer von ihren ausgewiesenen Gewinnen. Nur 0,07 Prozent Steuer der adaptierten Bilanzsumme würden 500 Millionen als Gebühr für die Risikoübernahme bringen.

Internationale Zusammenarbeit bei Bekämpfung von Steuerbetrug

Steuerbetrug bedeutet Betrug am Gemeinwohl. Der 2009 zugesagte Informationsaustausch wird nicht für eine wirksame Bekämpfung des Steuerbetrugs ausreichen. Anstelle bei internationalen Vereinbarungen zu bremsen, muss Österreich vielmehr eine aktive Rolle spielen: Eine Reform der EU-Zinsenrichtlinie darf nicht blockiert und Geldflüsse in Steueroasen müssen scharf geprüft werden.

Darüber hinaus ist auch die österreichische Position zum Bankgeheimnis bedenklich. Arbeitnehmer/-innen haben nichts davon, da ihre Löhne und Gehälter dem Finanzamt ohnehin bekannt sind. Das Bankgeheimnis verhindert aber Transparenz, ob große Vermögen nun von Inländern oder Ausländern stammen. Österreich muss endlich dem europäischen Konsens folgen und mit den Nachbarländern kooperieren. Wir können nicht international Regulierungen fordern und im eigenen Land an überholten Bestimmungen festhalten.

Arbeitnehmer/-innen brauchen demokratisch kontrollierte Finanzmärkte

Eine Lehre aus dieser Krise ist, dass die Finanzmarktaufsicht gestärkt werden muss. Auf europäischer Ebene sind erste Maßnahmen dazu in Gang, allerdings fallen diese weniger ambitioniert aus als erhofft. Das Ausweichen aus Regulierung und Aufsicht durch Verlagerung des Geschäftes in weniger strenge Staaten stellt auch innerhalb von Europa ein Problem dar. Nach wie vor bleibt ein großer Teil der Aufsichts-Verantwortung auf nationaler Ebene. Die AKOÖ fordert daher:

Stärkung der Finanzaufsichtsbehörden in Österreich

Dazu gehört u.a. eine Ausweitung der Ermittlungsbefugnisse (z.B. Hausdurchsuchungen), Information der Öffentlichkeit bei begründetem Verdacht, institutionalisierter Dialog der Finanzmarktaufsicht mit Arbeitnehmer- und Konsumentenvertretern zum Austausch wichtiger Informationen. Um der komplexen Aufgabe der Finanzmarktkontrolle gewachsen zu sein, braucht es auch qualifiziertes Personal.

Aufsichtsstrukturen verbessern

Die Nationalbank muss vollkommen im Eigentum der öffentlichen Hand sein. Ansonsten besteht weiterhin die Gefahr eines Interessenkonfliktes, denn die

OeNB ist im Eigentum der Banken, die sie beaufsichtigen soll. Hier ist das Vorhaben von Finanzminister Dr. Josef Pröll zu unterstützen.

Demokratische Kontrolle der Finanzaufsichtsbehörden und der Finanzmärkte

Die AKOÖ tritt für eine Stärkung der Aufsichtsbehörden und für eine demokratische Kontrolle ein. Anzustreben ist ein regelmäßiger Dialog zwischen Sozialpartnern, Abgeordneten des Parlaments, Regierung, Nationalbank und Finanzmarktaufsicht. Die AKOÖ schließt sich folgender Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbundes an: *„Aufsicht und Kontrolle dürfen nicht nur geschlossenen Gesellschaften von elitären Finanznetzwerken, 'Wirtschaftsexperten' und staatlichen Bürokratien überlassen werden. Auch diejenigen, die keinerlei Verantwortung für die Krise tragen, aber dennoch wirtschaftliche und soziale Risiken erleiden (...) müssen sich beteiligen können.“* (EGB-Resolution zu Finanzmärkten, Oktober 2009)

Aufarbeitung und Gerichtsbarkeit

Es ist inakzeptabel, dass die rechtliche Verfolgung von problematischem Verhalten im Finanzmarktbereich an den zu geringen Ressourcen im Bereich der Rechtsprechung zu scheitern droht. Die Arbeiterkammer OÖ unterstützt die Idee der Einrichtung eines spezialisierten Kapitalmarktgerichtshofes.

Solidarische Wirtschaftspolitik für stabile Finanzmärkte

Neben allen vorgeschlagenen Maßnahmen, die direkt am Finanzmarkt bzw. im Unternehmen ansetzen, gibt es auch tiefer liegende wirtschaftliche Gründe für die Finanzmarktkrise. Durch die Umverteilung der Einkommen von unten nach oben sowie die Einführung der privaten Altersvorsorge wurde sehr viel Kapital „geschaffen“, das nun nach Rendite „sucht“. Hinzu kommen Ungleichgewichte im weltweiten Handel, wobei auf der einen Seite die USA der große Importeur sind, während Deutschland und China durch ihre Exportstärke die Weltwirtschaft unter Druck setzen.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich ein klares Plädoyer für eine solidarische Wirtschaftspolitik mit folgenden Eckpunkten: faire Verteilung der Einkommen und Vermögen, Stärkung der Binnennachfrage, gerechte Besteuerung, die nicht vor allem Arbeitnehmer/-innen belastet, und ein solides Angebot öffentlicher Dienstleistungen. Auf betrieblicher Ebene müssen die Interessen der Arbeitnehmer/-innen besser berücksichtigt werden, die völlige Überbetonung der Eigentümerinteressen führt zu einer äußerst kurzfristigen Perspektive, die das Unternehmen selbst gefährden kann.

Umgekehrt sind umsichtig gestaltete Finanzmärkte aber auch Teil einer solidarischen Wirtschaftspolitik.